

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag. **A**

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgepaletete Zeitung kostet 15 Pfennig, die Restameisse 30 Pfennig. **A. B. A.**

## Amts-Bezirks-Anzeiger für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehniß u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine  
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Anschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk  
Birkenwerder

No. 106.

Birkenwerder, Dienstag, den 3. November 1908

7. Jahrg.

Unter Hinweis auf die §§ 9 und 38 des Urhebergesetzes ist der Nachdruck unserer Originalartikel verboten.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Ich mache die Betriebsunternehmer darauf aufmerksam, daß sie von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfälle durch welche eine in demselben beschäftigte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine völlige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen oder den Tod zur Folge hat, bei der Ortspolizeibehörde schriftlich oder mündlich Anzeige zu erstatten haben.

Diese Anzeige muß binnen 3 Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer von dem Unfälle Kenntnis erlangt hat.

Ebenso ist eine Unfall-Anzeige an den zuständigen Vertrauensmann zu erstatten.

Für den Betriebsunternehmer kann der Betriebsleiter die Anzeige erstatten, im Falle der Abwesenheit oder Behinderung des Betriebsunternehmer ist er dazu verpflichtet.

Wenn die Anzeige eines Unfalles nicht rechtzeitig erfolgt ist, so kann von dem Genossenschaftsvorstande gegen den Säumigen eine Geldstrafe bis zu 300 Mk. verhängt werden.

Birkenwerder, den 19. Oktober 1908.

Der Amts-Vorleser. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Die fälligen Steuern für die Monate Oktober, November und Dezember 1908 sind vom 1. bis 15. November d. Js. vormittags von 8 bis 1 Uhr bei der hiesigen Steuerannahmestelle Werder 5 einzuzahlen.

Birkenwerder, den 29. Oktober 1908.

Der Gemeindevorleser. Kühn.

#### Bekanntmachung.

Die Steuern pro Oktober/Dezember 1908 sowie das Vierzeittelgeld pro 1908 sind vom 1. bis 15. November an den hiesigen Ortsfeuererheber, Berlinerstraße 22 I, von 9—12 Uhr vormittags und 2—6 Uhr nachmittags einzuzahlen.

Hohen-Neuendorf, den 30. Oktober 1908.

Der Gemeindevorleser. Wildberg.

#### Auktions-Bekanntmachung.

Am 5. November d. Js., nachm. 3 Uhr, sollen zu Hohen-Neuendorf im Restaurant von Brochnow, Florastraße 18, folgende Gegenstände als:

#### Ein Hüffel

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Bezahlung verkauft werden.

Hohen-Neuendorf, den 31. Oktober 1908.

Der Vollziehungsbeamte. Lorenz.

### Der Reichskanzler und der „Daily Telegraph“-Artikel.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer Sonnabend-Abendnummer folgende Erklärung:

„Ein großer Teil der ausländischen und inländischen Presse hat wegen des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Artikels kritische Betrachtungen gegen die Person Sr. Majestät des Kaisers gerichtet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, der Kaiser hätte diese Publikation ohne Vorwissen der für die Politik des Reiches verantwortlichen Stelle veranlaßt. Diese Annahme ist unbegründet.“

Se. Majestät der Kaiser hatte von einem englischen Privatmann mit der Bitte, die Veröffentlichung zu genehmigen, das Manuskript eines Artikels erhalten, in dem eine Reihe von Gesprächen Sr. Majestät mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten und zu verschiedenen Zeiten zusammengefaßt war. Jener Bitte lag der Wunsch

zugrunde, die Aeußerungen Sr. Majestät einem möglichst großen Kreise englischer Leser bekannt zu geben und damit den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu dienen. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuskript dem auswärtigen Amt mit der Weisung überwies, daselbe einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des auswärtigen Amtes Bedenken nicht erhoben worden waren, ist die Veröffentlichung erfolgt.

Als der Reichskanzler durch die Publikation des „Daily Telegraph“ von dem Inhalt des Artikels Kenntnis erhielt, erklärte er Sr. Majestät dem Kaiser: er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen; anderenfalls würde er Bedenken erhoben und die Veröffentlichung wider raten haben; er betrachte sich aber als für den Vorgang allein verantwortlich und bede die ihm unterstellten Ressorts und Beamten. Gleichzeitig unterbreitete der Reichskanzler Sr. Majestät dem Kaiser sein **Widerspruchsgesuch**.

Se. Majestät der Kaiser hat diesem Gesuch **keine Folge gegeben**, jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung des oben dargestellten Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf Se. Majestät den Kaiser den Boden zu entziehen.“

„Eine große Zeitung“ überschreibt die kölnische Zeitung ihre Darlegungen zu dem Fall, die sie mit folgenden Sätzen schließt: „... Fassen wir diesen ganzen Hergang zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß das Interview, das einer englischen Initiative entsprang, nur durch Fehler in der amtlichen Behandlung das Licht der Welt erblickt hat und keineswegs als eine amtliche Staatshandlung und auch nicht als eine persönliche Aktion des Kaisers angesehen werden kann. Wir haben es hier also mit einer großen Fälschung zu tun, deren Folgen sehr unerfreulich sind. Was die Aeußerungen des Kaisers selbst angeht, so haben wir unsere Meinung schon dahin ausgesprochen, daß wir in den Chor der Tadel nicht einstimmen können. Der gegenwärtige Augenblick war zwar zu einer derartigen Veröffentlichung recht ungeeignet, aber ein offenes, aufrichtiges Wort muß eine gute Statt finden und so wird auch diese Aufklärung über das Verhältnis des Kaisers zum englischen Volke schließlich bewirken, daß alle, denen der Friede zwischen den beiden Nationen am Herzen liegt, in geschlossener Phalanx gegen die internationalen Brunnengergister und Eibrennfriede Front machen.“

### Ausgahn im Ausland.

Wenn man einen Vergleich anstelle zwischen den politischen Fähigkeiten der einzelnen Völker und als Maßstab dafür den politischen Erfolg anlegte, so müßte ohne Zweifel den Engländern der erste Preis zuerkannt werden. Sowohl absolut können sie den größten politischen Erfolg nachweisen, denn sie verfügen über den größten politischen und auch wirtschaftspolitischen Machtbereich, als auch relativ muß man in ihnen die besten politischen Köpfe sehen, da ihre Politik fast ausschließlich von dem Gesamtinteresse des englischen Volkes getragen wird und der Erfolg eben zeigt, daß dieser Wille klare feste Ziele hat und sie zu erreichen versteht. Der Angelpunkt seiner äußeren Politik, seit England in die große Weltpolitik eingetreten ist, ist von jeher die Auserbreitung jener Macht gewesen, welche eine über die anderen Staaten hervorragende Stellung einnahm. So vernichtete er erst im Bunde mit den Niederlanden die spanische Herrschaft, um bald darauf seinen früheren Bundesgenossen nicht allein durch äußere Machtmittel, sondern auch durch handelspolitische Maßnahmen, die Wurzeln seiner Macht abzuhängen. Die von 1651 bis 1849 geltenden Navigationsakte, die stärkste hochschutznönerische Maßnahme, die je ein Volk zum Schutze und zur Begründung seiner eigenen Suprematie ergreifen hat, bezweckten zunächst die Vernichtung des allherrschenden niederländischen Seehandels. Dann kam Frankreich an die Reihe und der erfolgreichste Niederzwinger des sonstigen Weltverkehrs war England. Etets aber verband seine Diplomatie, sich als den Helfer für alle Unterdrückten hinzustellen, schürte den Haß der kontinentalen Mächte untereinander und brachte

Koalitionen gegen seinen stärksten Konkurrenten zustande, die diesen fürzten, den anderen Staaten aber keinen Vorteil, sondern sie lediglich mehr oder weniger in ein Abhängigkeitsverhältnis zu England brachten und ihm außerdem noch Zeit und Gelegenheit ließen, sich ein ungeheures Kolonialreich zu gründen und eine die Meere beherrschende Flotte zu unterhalten. So lernte das englische Heimatland, durch seine insulare Lage und eine unüberwindliche Flotte geschützt, seit Jahrhunderten nicht mehr die Geisel eines Krieges kennen, schleppte die Schätze der Erde in seinen sicheren Port und bildete dort eine Kultur, die alle seine Volksgenossen umfaßt und sie zum vorbildlichen Kulturvolk machte. Möglich war dieses allein dadurch, daß es sich aller altruffischen Beweggründe in seiner Politik enthielt und lediglich die fraß egoistischen waltete ließ. „Right or wrong — only my country!“ „Ob's recht ist oder nicht — nur auf den Vorteil meines Vaterlandes kommt es an!“ Wer diesen politischen Grundcharakter des britischen Volkes nicht erkennt hat und ihn sich nicht stets als politische Richtschnur bei seiner Beurteilung englischer Politik vor Augen hält, wird niemals englische Politik verstehen und vor nie mit Erfolg entgegenarbeiten können. Von diesen Gesichtspunkten aus sind auch die Auslassungen der Auslandspresse über die jüngste Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ über das Interview des Deutschen Kaisers mit einem englischen Diplomaten zu beurteilen.

Im übrigen hat sich auf dem Weltenttheater seit der letzten Woche wesentlich neues nicht ereignet. Das nach außen hin so erfolgreiche England scheint jetzt im Innern schweren Kämpfen entgegenzugehen. Die allgemeine Arbeitslosigkeit steht vor der Tür und der Sozialismus erhebt auch auf der bis dahin von ihm verschonten Insel immer drohender sein Haupt. Durch Ermittlung großer Scharen „Freiwilliger“ in das Heer und durch umfangreiche Flottenbauten sucht die Regierung sowohl die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, als auch gleichzeitig die Schlagfertigkeit von Heer und Flotte zu erhöhen. Ein nachsagenwürdiges Beispiel!

Die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika stehen im Zeichen der Präsidentschaftswahl, die am kommenden Dienstag stattfindet. Ueber ihren wahrscheinlichen Ausgang läßt sich gar nichts sagen. Die bedeutendere, aktivere Persönlichkeit unter den Kandidaten ist zweifellos der Demokrat Bryan, aber die Machtverhältnisse der bislang herrschenden Republikaner, denen der ganze Verwaltungsapparat zur Verfügung steht, geben ihrem Kandidaten fast einen großen Vorsprung, die vier anderen Kandidaten kommen neben diesen beiden nicht in Betracht.

Weder in der leidigen Marokkofrage, noch in der Frage der Balkanunion ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrscht jetzt volles Einverständnis, und wir sind eifrig bemüht, der Türkei nach wie vor unsere guten Dienste zu erweisen. Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit Kaiser Franz Joseph und dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand wird eine weitere Klärung in dieser Frage bringen, womit nicht etwa gesagt sein soll, daß wir bedingungslos die österreichische Ansicht zu der unrigen machen wollen. Das standlose Vorgehen des scheidenden Böbels in Prag gegen alles, was deutsch ist, und die laue Haltung der staatlichen Organe gegenüber diesem Treiben zeigen, wo die Grenzen des deutsch-österreichischen Zusammengehens liegen. Der Ausfall der niederösterreichischen und Wiener Landtagswahlen zeigt aber immer deutlicher, daß diejenigen Parteien, die ein starkes zentralistisches Oesterreich-Ungarn erstreben, in dem die Nationalitäten zugunsten des Gesamtstaates zurückzutreten haben, die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten, das Feld allein behaupten. Die erstere Partei nimmt eine übertragende Stellung ein, während die sogen. „freihändlerischen“, d. h. Liberalen gar nicht vertreten sind. Daraus läßt sich erkennen, daß das Volk des nationalistischen Habers fast ist, und daß bald seine letzte Stunde geschlagen haben dürfte. Unfreulich ist, daß die Christlich-Sozialen sich bisher stets als eine stramm deutsche Partei gezeigt hat, die allerdings ebenso framm österreichisch ist und eine Renaissance des alten Habsburgerstaates anstrebt.

### Deutsches Reich.

Der Bundesrat stimmte am Freitag dem Ausschussantrage zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte zu. Annahme fanden ferner die Ausschussanträge zu der Vorlage, betreffend die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachttvieh, und zu der Vorlage, betreffend den Bezug von Unfall- und Invalidenrenten in ausländischen Grenzgebieten.

Angestrichlicher Verrat militärischer Geheimnisse. Die einer Berliner Korrespondenz entnommene Mitteilung, daß ein Offizier einer ausländischen Macht, der als Spionist zu einer militärischen Bildungsanstalt kommandiert war, ein wichtiges militärisches Geheimnis erfahren und einer